V-04 Gerechter Welthandel beginnt in Berlin

Antragsteller*in:	Georg P. Kössler (KV Neukölln), Anna Cavazzini (KV Friedrichshain-Kreuzberg), Ramona Pop (KV Mitte), Ronald Wenke (KV Steglitz-Zehlendorf)
Tagesordnungspunkt:	TOP 9 Weitere Anträge

Gerechter Welthandel beginnt in Berlin

Der Kaffee in der Kantine, die Treppenstufen im Bürgeramt, die Jeans im Kleiderschrank: Überall in Berlin begegnen uns Produkte, die tausende Kilometer zurückgelegt haben und über komplizierte Lieferketten zu uns gekommen sind. Dabei sind unfaire Produktionsbedingungen, Umweltverschmutzungen und Menschenrechtsverletzungen keine Seltenheit: Wie Sklaven gehaltene Arbeiter*innen in indischen Fabriken oder Landvertreibung für Palmölplantagen in Indonesien; aber auch westliche Unternehmen, die gegen den Baustopp für eine Erdöl-Bohrinsel klagen. Ein ungerechtes Handelssystem macht alles das möglich.

Wir Grüne kämpfen deshalb für eine gerechte Handelspolitik – auf allen Ebenen. Wir streiten für einen UNO-Vertrag über Wirtschaft und Menschenrechte, der Klagen gegen multinationale Konzerne wegen Menschenrechtsverletzungen möglich machen würde. Zusammen mit der Zivilgesellschaft stehen wir Seite an Seite gegen TTIP. Wir haben im Europaparlament gegen CETA gestimmt und in Berlin eine Ablehnung von CETA im Koalitionsvertrag durchgesetzt. Denn die neuen bilateralen Handelsabkommen meißeln die Interessen von großen Unternehmen in Stein, während die Belange von Umwelt und Arbeitenden zu kurz kommen. Und sie befeuern die Deregulierung und den Wettlauf nach unten bei Standards.

Doch es reicht nicht, sich für ein besseres globales Handelssystem einzusetzen. Für uns Grüne beginnt eine faire Handelspolitik in Berlin. Global denken – lokal handeln: Dieses urgrüne Prinzip ist unsere Leitschnur. Wir streiten für die Umsetzung der nachhaltigen Entwicklungsziele der UNO (Sustainable Development Goals - SDGs) auf allen Ebenen.

Berlin wird Fair Trade Town

Und wir sorgen dafür, dass sich Berlin auch an die eigene Nase fasst. Wir verstehen uns als Teil der Fair Trade-Bewegung. Berlin wird nun offiziell „Fair-Trade-Town“ und auch die landeseigenen Betriebe tragen zunehmend ihren Teil dazu bei, dass sozial-ökologische Produkte wie z.B. Kleidung und Dienstleistungen in Berlin noch mehr zur Normalität werden.

Seit sieben Jahren wird von der Berliner Zivilgesellschaft ein „Eine-Welt-Zentrum“ geplant. Dank eines Millionenzuschuss des Landes Berlin kann dieses nun endlich realisiert werden. Berlin als internationale Stadt setzt auf globale Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit. Auf 4.500m² finden entwicklungspolitische und migrantisch-diasporische Nichtregierungsorganisationen (NGOs) zukünftig gute Bedingungen für ihre Arbeit Das Zentrum bündelt die Akteure und Initiativen, dient als Begegnungsstätte dem Vernetzen und dem Dialog, um aktuellen globalen Herausforderungen besser gerecht zu werden. Es wird ein lebendiger Ort entstehen, von dem aus Impulse für das bürgerschaftliche und zivilgesellschaftliche Engagement für eine global gerechte Gesellschaft in Berlin und darüber hinaus gesetzt werden. Dies ist heute wichtiger denn je.

Auf der Bezirksebene treiben wir die Kampagne von Wilmersdorf über Pankow bis Köpenick ebenfalls weiter voran! So zum Beispiel auf dem Breitscheidplatz, wenn im Sommer dort die Medaillenvergabe der Leichtathletik-EM stattfindet. Die Genehmigung verknüpfte der grüne Bezirksstadtrat an die Bedingung, dass es dort einen Bereich zum Thema Fair Trade im Sport gibt, der von NGOs genutzt wird. So können die Organisationen kritisch darüber informieren,

welche Rolle Adidas und andere Produzenten in der Textilproduktion im Sport spielen. Auch soll im gesamten Veranstaltungsbereich nur fair gehandelter Kaffee, Tee, Schokolade und Orangensaft verkauft werden dürfen.

Wir wollen aber nicht nur die Mindestkriterien für den Titel „Fair Trade Town“ erfüllen, sondern einen flächendeckenden Trend, hin zu mehr fairen Produkten anstoßen.

Wir kämpfen für eine nachhaltige Beschaffung

Denn Berlin kann noch mehr. Deshalb werden wir die öffentliche Beschaffung in Höhe von vier bis fünf Milliarden Euro jährlich nutzen, um unser globalen Verantwortung gerecht zu werden. Gemeinsam mit der Zivilgesellschaft gehen wir daher ambitioniert die Reform des Berliner Vergaberechts an.

Bereits im 1. Halbjahr 2017 haben wir das Berliner Mindestentgelt auf 9€/Stunde erhöht. Wir handeln nach dem Grundsatz: „Gutes Geld für gute Arbeit.“ Wer staatliche Aufträge erhalten will, muss einen Lohn zahlen, von dem man leben kann. Deswegen muss das Mindestentgelt weiter steigen. Wir wollen auch, dass keine Produkte angeschafft werden, die mit Kinder- oder Sklavenarbeit erstellt wurden. Wir wollen den Fair-Trade-Ansatz bei der Beschaffung stärken und die ILO-Kernarbeitsnormen verbindlicher als Mindestmaßstab setzen. Wir fordern den Senat auf, eine Verordnung nach dem Vorbild der damaligen rot-grünen Regierung in Nordrhein-Westfalens aufzulegen, die für besonders sensible Produkte wie Bekleidung, Fußbälle oder Spielwaren die Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen bei der Beschaffung sicherstellt.

Auch in ökologischer Hinsicht muss Berlin vorbildlich beschaffen. So müssen beispielsweise alle Elektrogeräte jeweils mit der höchsten Energieklasse angeschafft werden. Fahrzeuge müssen möglichst umweltverträglich unterwegs sein. Eine gesonderte Wertgrenze von 10.000€ zur ökologischen Beschaffung halten wir für kontraproduktiv, zumal bereits jetzt nach einer Studie des Öko-Instituts im Auftrag des Senats mehr als die Hälfte der Beschaffungsstellen auch unter der Wertgrenze die Vorschriften freiwillig anwendet. Der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg hat sogar eigenständig eine Absetzung der Wertgrenze auf 500€ vorgenommen.

Die anstehende Digitalisierung der Vergabe in Berlin ist lange überfällig. Sie wird für die Mitarbeiter*innen der Verwaltung, die bisher Aufträge vergeben und Angebote prüfen, zu einer Entlastung führen. Darüber hinaus muss aber auch eine effektive Zentralisierung endlich voran kommen, damit nicht mehr tausende unterschiedliche Vergabestellen einzeln geschult, modernisiert und kontrolliert werden müssen. Wir streben eine Vergabestelle pro Verwaltungseinheit an. Darüber hinaus fordern wir vom Senat die Etablierung weiterer „Shared Services“ zur Beschaffung, wie dies ja bereits für den IT-Bereich vorgesehen ist. Das mittelfristige Ziel muss es sein, nach Vorbild des „Kaufhaus des Bundes“ für alle regelmäßig und behördenübergreifenden benötigten Produkte – etwa Fahrzeuge, Möbel oder Bürotechnik – eine einzige zentrale Beschaffungsstelle zu schaffen, bei der alle anderen Verwaltungseinheiten unbürokratisch und elektronisch „einkaufen“. Eine zentrale Beschaffungsstelle erleichtert die Umstellung hin zu einer fairen und ökologischen Beschaffung.

Darüber hinaus muss die Datenerfassung verbessert und die Kontrollen gestärkt werden, da in Berlin - wie so oft - insbesondere bei der Umsetzung große Probleme liegen. Wir handeln nach dem Motto: „Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser!“ Grundsätzlich wollen wir bürokratische Vorabnachweise minimieren – bei Verstößen dann aber deutlich reagieren. Dazu gehört, dass die zentrale Kontrollgruppe auf glaubwürdige, externe Hinweise – etwa von Betriebsräten oder Gewerkschaften – reagiert und unangekündigte Kontrollen durchführen muss. Wir wollen

außerdem einen Dialog mit Gastronomie und Einzelhandel anstoßen, um faire Produkte auch in diesen wichtigen Branchen stärker zu verbreiten.

Fairer Handel kommt nicht von selber, sondern man muss ihn gegen viele andere Interessen durchsetzen. Wir Grüne streiten genau dafür, denn die Umsetzung der SDGs beginnt hier vor unserer Haustür.